

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 26. Juni 2013

§ 416

Interpellation Marco Kistler, Niederurnen, „Glerner Geld für die Lobby-Organisation economiesuisse“

(Bericht Regierungsrat, 7.5.2013)

Marco Kistler ersucht darum, sich eine massgebliche Beteiligung an einer Firma vorzustellen, welche Zahlungen ausführte, die als suspekt erscheinen und zu denen weder von Führung noch Verwaltungsrat Auskunft erhältlich ist: Es würden alle Alarmglocken läuten. Schlimmer noch ist es, wenn eine solche Firma, wie die Glerner Kantonalbank (GLKB), in Volksbesitz ist, deren oberste Leitlinie Transparenz zu sein hat. Das Obligationenrecht gibt jedem Verwaltungsrat das Recht und die Pflicht, sich die notwendigen Informationen über das Unternehmen zu beschaffen. Das trifft bei der GLKB auf Regierungsrat Rolf Widmer zu, der einen Auskunftsanspruch auf alle Angelegenheiten hätte, auch darüber, wie viel die GLKB der economiesuisse bezahlte, und dem Verwaltungsrat wäre es jederzeit möglich, darüber zu informieren. Das Unter-Verschluss-Halten wirft ein schlechtes Licht auf die GLKB: Warum das Versteckspiel, was gibt es zu verbergen? Floss so wenig Geld wie der Regierungsrat vermutet, könnte der Betrag problemlos genannt werden. Ihn nicht offenzulegen schafft Misstrauen, was einer Bank am schlechtesten dient. – Grundsätzlich ist es sehr problematisch, mit Staatsgeldern Kampagnen der economiesuisse zu finanzieren. Noch schlimmer ist es, wenn nicht einmal gewusst wird, wie viel Geld floss. Das Glernerland ist keine Bananenrepublik, in der nach Gutdünken Staatsgelder verschoben werden; es ist ein demokratischer, moderner, aber leider nicht sehr transparenter Kanton. – M. Kistler behält sich einen Vorstoss vor, um solche Zahlungen von Staatsbetrieben grundsätzlich zu verbieten.